



Eine Verwaltung – viele Verwaltungen?

Neue Verwaltungsformen aus der Sicht des
Rechnungshofes

Verantwortung des Rechnungshofes

Ausgangssituation

Verantwortung des Rechnungshofes

- **RH hat die Verantwortung, gesamte staatliche Gebarung zu prüfen**
- **Zu diesem Zweck**
 - prüft er Bund, Länder, Gemeinden, öffentliche Unternehmen mit mindestens 50% öffentlicher Beteiligung
 - zeigt Defizite der staatlichen Verwaltung auf
 - zeigt Potenziale zur Optimierung knapper finanzieller Ressourcen
- **RH hat die Verantwortung, den Rechnungsabschluss des Bundes zu erstellen und die budgetären Rahmenbedingungen aufzuzeigen**



Budgetäre Rahmenbedingungen

Budgetäre Rahmenbedingungen

Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen

Art. 13 Abs. 2 B-VG

Bund, Länder und Gemeinden haben bei ihrer Haushaltsführung

- die Sicherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und
- nachhaltig geordnete Haushalte anzustreben.
- Sie haben die Haushaltsführung in Hinblick auf diese Ziele zu koordinieren.



Verpflichtung für nachhaltige öffentliche Finanzen
Verpflichtung für ein verantwortungsvolles Agieren der öffentlichen Verwaltung

Budgetäre Rahmenbedingungen Wirtschaftsentwicklung 2011

- **2011: Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen wieder besser**
 - Wirtschaft erholt sich nach Rezession (3,0% Wachstum)
 - Verbesserung der Arbeitsmarktlage
- **Dennoch**
 - **bleibende öffentliche Defizite**
 - **bleibende,**

Budgetäre Rahmenbedingungen

Zunahme 2007 auf 2010 ...

- Nettofinanzschulden des Bundes 157,3 Mrd. auf 186,7 Mrd. (+29,4)
- Staatliche Gesamtverschuldung 165,0 Mrd. auf 205,2 Mrd. (+40,2)
- Haftungen des Bundes 87,0 Mrd. auf 129,1 Mrd. (+42,1)
- Belastung künftiger Finanzjahre 104,8 Mrd. auf 150,0 Mrd. (+45,2)
- Der Primärsaldo des Bundes (Saldo ohne Zinsendienst und Rücklagen) 2009 und 2010 betrug insgesamt rund - 9 Mrd. EUR.

Budgetäre Rahmenbedingungen

Maastrichtrelevante Entwicklung 2007 – 2010

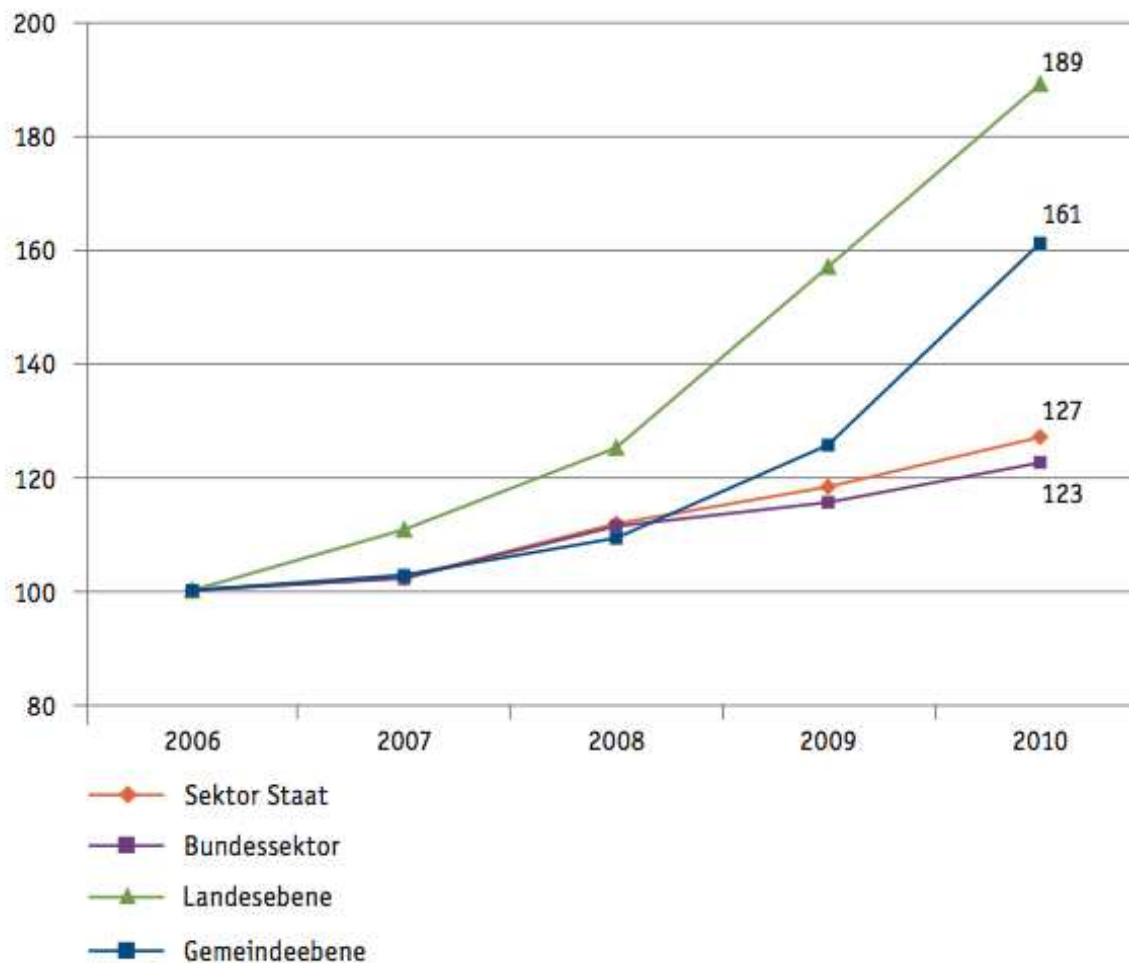
- Öffentliches Defizit 2,4 Mrd. auf 13,2 Mrd. EUR
- Öffentlicher Schuldenstand 60,67 % auf 72,15 % des BIP (+11,5%-Pkt)
- Schuldenstand 165 Mrd. EUR auf 205,2 Mrd. EUR (+40,2)

- Staatliches Defizit 2010 13,169 Mrd. EUR
 - davon Bund 10,374 Mrd. EUR
 - Länder ohne Wien 1,936 Mrd. EUR
 - Gemeinden 1,360 Mrd. EUR

Die Länder erfüllen die Vorgaben seit 2003 nicht, Gemeinden seit 2009 nicht.

Budgetäre Rahmenbedingungen

Entwicklung der Verschuldung 2006–2010 (2006 = Index 100)



Zwischenresümee

- **Zahlen belegen, dass wir Reformen benötigen**
- **Zahlen belegen, dass wir einen neuen, verantwortungsvollen Zugang zum öffentlichen Handeln benötigen**
- **Rechnungshof hat dies wiederholt gefordert**

- Bundesrechnungsabschluss 2006:

Der RH erachtet weitere strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen für unbedingt erforderlich, um eine nachhaltige Budgetsanierung zu erreichen.

Dies erfordert eine umfassende Verfassungs- und Verwaltungsreform unter Einbeziehung aller Gebietskörperschaften, eine Haushaltsreform und eine Zusammenführung von Finanzierungs- und Aufgabenverantwortung im Rahmen der anlaufenden Finanzausgleichsverhandlungen.

- Bundesrechnungsabschluss 2010:

Rechnungshof hält strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen unter Einbeziehung aller Gebietskörperschaften - insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales - zur Erreichung einer nachhaltigen Budgetgebarung für unabdingbar.

Europäischer Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN)

Stellungnahme vom 12. Juli 2011 zum aktualisierten
Österreichischen Stabilitätsprogramm 2011-2014

IWF

Länderbericht vom 14. Juni 2011

Budgetäre Rahmenbedingungen

Internationale Analysen ECOFIN / IWF

ECOFIN und IWF identifizierten 2011 Handlungsbedarf

- **verstärkte Konsolidierung**
- **Zusammenführung von Einnahmen- und Ausgabenverantwortung zwischen verschiedenen Regierungsebenen**
- **Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen den staatlichen Ebenen**

ECOFIN empfahl daher für Zeitraum 2011-2012:

- **Konjunkturerholung nutzen**
 - Korrektur des ausgabenseitigen geplanten übermäßigen Defizits beschleunigen
 - hohen öffentlichen Schuldenstand auf Abwärtspfad bringen
 - auf allen Ebenen des Staates Konsolidierungsanstrengungen von durchschnittlich 0,75 % des BIP gewährleisten
- **Begrenzung der Frühpensionsregelungen und Harmonisierung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters**

Zwischenresümee

- **Rechnungshof durch ECOFIN und IWF in seinen wiederholten Empfehlungen zu strukturellen Konsolidierungsmaßnahmen bestätigt**
- **vergangene Entwicklung der budgetären Rahmenbedingungen zeigt Erforderlichkeit von Maßnahmen**
- **Wir brauchen verantwortungsvolles Verwaltungshandeln und die Bereitschaft für Reformen**

Zwischenresümee

- **Haben wir die nötige Verantwortung für die Zukunft in den letzten Monaten wahrgenommen?**
- **Haben wir die Potenziale für neue Verwaltungsformen und haben wir diese genutzt?**

Bundesfinanzrahmen 2012 – 2015

(30. Mai 2011, BGBl. I Nr. 40/2011)

Budgetäre Rahmenbedingungen

Bundesfinanzrahmen 2012 – 2015: absolute Zahlen

Rubrik	Bezeichnung	Erfolg*	BFRG 2015	Veränderung Erfolg 2010 - BFRG 2015*	
		2010	2015	absolut	
in Mill. EUR					
1	Recht und Sicherheit	7.613,22	7.837,13	223,91	2,7%
2	Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	33.252,45	36.863,96	3.611,51	44,0%
3	Bildung, Forschung, Kunst und Kultur	11.542,69	12.239,19	696,50	8,5%
	Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt	8.521,74	8.687,42	165,68	2,0%
5	Kassa und Zinsen	6.356,77	9.859,96	3.503,19	42,7%
Gesamtsumme		67.286,87	75.487,65	8.200,79	100,0%

- **geplanter Anstieg der vergangenheitsbezogenen Ausgaben am stärksten:**
 - Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie: +3,6 Mrd. EUR (+44,0 %)
 - Rubrik 5 „Kassa und Zinsen“: +3,5 Mrd. EUR (+42,7 %)

Budgetäre Rahmenbedingungen

Bundesfinanzrahmen 2012 – 2015; Anteile

	Anteil an Gesamtsumme in %				Veränderung
	2012	2013	2014	2015	2012 - 2015
0,1 Recht und Sicherheit	11,01	10,74	10,50	10,38	-0,63%-Punkte
2 Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	48,32	48,96	49,19	48,83	+0,52%-Punkte
3 Bildung, Forschung, Kunst und Kultur	16,68	16,45	16,22	16,21	-0,47%-Punkte
4 Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt	12,13	11,39	11,34	11,51	-0,62%-Punkte
5 Kassa und Zinsen	11,86	12,46	12,74	13,06	+1,20%-Punkte
Gesamtsumme	100,00	100,00	100,00	100,00	

- **nur Anteile für vergangenheitsbezogene Ausgaben steigen**
 - Anteil Rubrik 5 „Kassa und Zinsen“: +1,2 %-Punkte
 - Anteil Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie: +0,52 %-Punkte
- **Anteil restlicher Rubriken an Gesamtausgaben sinkt**

Budgetäre Rahmenbedingungen

Entwicklung der vergangenheitsbezogenen Ausgaben

	Erfolg		Veränderung		Finanzrahmen	Veränderung	
	2005	2010	2005/2010		2015	2010/2015	
	in Mrd. EUR		absolut	in %	in Mrd. EUR	absolut	in %
Ausgaben für Pensionen	13,808 Mrd.	17,073 Mrd.	+3,265 Mrd.	+23,6%	20,665 Mrd.	+3,592 Mrd.	+21,0%
Ausgaben für Zinsen (UG 58)	6,507 Mrd.	5,743 Mrd.	-0,764 Mrd.	-11,7%	9,544 Mrd.	+3,801 Mrd.	+66,2%
Ausgaben Pensionen und Zinsen	20,315 Mrd.	22,816 Mrd.	+2,501 Mrd.	+12,3%	30,209 Mrd.	+7,393 Mrd.	+32,4%
Gesamtausgaben	61,406 Mrd.	67,287 Mrd.	+5,880 Mrd.	+9,6%	75,438 Mrd.	+8,151 Mrd.	+12,1%
<i>Anteil der Pensionsausgaben an Gesamtausgaben</i>	22,5%	25,4%	+2,9%-Punkte		27,4%	+2,0%-Punkte	
<i>Anteil der Zinsen an Gesamtausgaben</i>	10,6%	8,5%	-2,1%-Punkte		12,7%	+4,1%-Punkte	
<i>Anteil der Pensionen und Zinsen an Gesamtausgaben</i>	33,1%	33,9%	+0,8%-Punkte		40,0%	+6,1%-Punkte	
<i>Anteil der Pensionen und Zinsen an Nettosteuerereinnahmen</i>	53,4%	57,3%	+3,9%-Punkte		60,0%	+2,6%-Punkte	
<i>Pensionsausgaben, in % des BIP</i>	5,7%	6,0%	+0,3%-Punkte		6,0%	-0,1%-Punkte	
<i>Pensionen und Zinsen, in % des BIP</i>	8,3%	8,0%	-0,3%-Punkte		8,7%	+0,7%-Punkte	

* Vergleich von Ist- mit Plan- bzw. Prognose-Werten

Budgetäre Rahmenbedingungen

	2007	2010	2011p	2012p	2013p	2014p	2015p
Staatliches Defizit	-2,372 Mrd.	-13,169 Mrd.	-11,579 Mrd.	-10,204 Mrd.	-9,306 Mrd.	-8,011 Mrd.	-6,942 Mrd.
in % des BIP	-0,87%	-4,64%	-3,90%	-3,30%	-2,90%	-2,40%	-2,00%
Schuldenstand	165,024 Mrd.	205,212 Mrd.	218,518 Mrd.	231,900 Mrd.	242,280 Mrd.	250,684 Mrd.	258,242 Mrd.
in % des BIP	60,67%	72,26%	73,60%	75,00%	75,50%	75,10%	74,40%
Primärsaldo des Bundes	4,882 Mrd.	-3,067 Mrd.	-3,266 Mrd.	-1,237 Mrd.	0,321 Mrd.	1,669 Mrd.	
in % des BIP	1,79%	-1,08%	-1,10%	-0,40%	0,10%	0,50%	

- Finanzkrise wirkte auf Maastricht-Schulden des Gesamtstaates
- Zunahme Neuverschuldung 2005 – 2010 rd. 47,8 Mrd. EUR
- geplante Neuverschuldung 2010 – 2015 rd. 53 Mrd. EUR
- trotz Konjunkturerholung liegt geplante Neuverschuldung über Krisenniveau

Zahlen und Fakten zeigen:

- Hausaufgaben wurden in der Vergangenheit nicht gemacht
- budgetäre Folgen zeigen sich in den kommenden Budgets trotz zugrunde gelegter guter Wirtschaftsentwicklung
- dies beeinträchtigt Stellung Österreichs im internationalen Wettbewerb
- dies schwächt die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen für Krisenbewältigung

Wir brauchen neue Verwaltungsformen, das heißt wir müssen

- Verantwortung wahrnehmen
- bestehende Defizite beseitigen



Prüfungen des Rechnungshofes belegen Reformpotenzial

Prüfungsfeststellungen des RH belegen:

Wir haben Potenziale, um

- die Organisation und Aufgabenerfüllung im Interesse der Bürger zu verbessern
- die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit zu steigern
- öffentliche Mittel effizienter einzusetzen

Zahlen und Fakten zeigen aber auch Besonderheiten des föderalen Systems:

- Erfordernis des Zusammenwirkens von Bund, Ländern und Gemeinden
- Staatsreform erfordert Einbeziehung aller Gebietskörperschaften

Wir haben Handlungsbedarf:

- **Defizite haben vielfach historische Ursachen**
 - Rechnungswesen
 - Förderungen
 - Gesundheit
 - Pensionen
- **Steuerungsverantwortung wird nicht ausreichend wahrgenommen**
- **Neue Verwaltungsformen setzen voraus**
 - Harmonisierung des Rechnungswesens der Länder
 - Zusammenführung von Einnahmen-, Ausgaben- und Aufgabenverantwortung
 - Beseitigung von Ineffizienzen und Doppelgleisigkeiten



Handlungsbedarf im Bereich des Rechnungswesens

Rechnungswesen liefert

- **keine ausreichenden Steuerungsgrundlagen**
- **keine getreue Darstellung der finanziellen Lage bei Ländern und Gemeinden**
 - keine konsolidierte Vermögens- und Ergebnisrechnung mit ausgegliederten Einheiten
- **keine ausreichende Aussagekraft durch Kameralistik**
 - ohne Zusatzinformationen wichtige Ergebnisgrößen nicht erkennbar (z.B. nachhaltige strukturelle Haushaltsentwicklung)
- **keine Vergleichbarkeit der einzelnen Abschlüsse**
 - uneinheitliche Nachweise über Vermögensgegenstände (Wertpapiere, Beteiligungen)
 - Darstellung der Schulden und der Haftungsnachweise unterschiedlich genau (Gestaltungsspielraum der VRV)

- **mehr Aussagekraft und Transparenz**
 - durch Vergleichbarkeit von Datengrundlagen, Kontierung und Verbuchungspraxis
 - Aufgabenbezogene Konsolidierung
 - Darstellung ökonomischer Sondereffekte
- **Darstellung der wahren finanziellen Lage**
 - Einbeziehung nicht zahlungswirksamer Aufwendungen und Erträge
 - Einbeziehung der Ergebnisse ausgegliederter Einheiten
 - sachgerechte Bewertung von Vermögen
- **Erreichung der Vollständigkeit**
 - Darstellung von Verbindlichkeiten bzw. Belastungen künftiger Finanzjahre (Leasing, Sonderfinanzierungen, Wohnbauförderung)
 - Überblick über Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ausgegliederter Einheiten

- **Wahrnehmung der Steuerungs- und Budgethoheit**
 - aussagekräftiger Überblick über ökonomischen Gesamtverantwortungsbereich
 - Gesamtsteuerung durch Übersicht über vergangene Entwicklungen
 - daraus abgeleitete Prognoserechnungen (insb. mittelfristige Finanzplanung)



Harmonisierung des Rechnungswesens



Budgetsteuerungsdokumente

Mittelfristige Planungen sind uneinheitlich

- Planungsdokumente der Gebietskörperschaften weichen hinsichtlich Informationsgehalt, Zeitraum und Zielsetzungen von einander ab
- keine durchgängige rollierende Planung
- keine inhaltliche Abstimmung
- greifen nicht ineinander und münden nicht im Stabilitätsprogramm
- verfassungsrechtlicher Verpflichtung zur Koordination der Haushaltsführung ist nicht entsprochen
- abweichende Berechnungsmethoden und Inhalte (innerstaatlich, EU-Ebene) verhindern Planungs- und Steuerungswert

Stabilitätspakt

- Stabilitätspakt ist im Gegensatz zum Stabilitätsprogramm kein geeignetes Planungsinstrument
- wird für denselben Zeitraum wie Finanzausgleich verhandelt
- berücksichtigt aufgrund des mehrjährigen Geltungszeitraums keine konjunkturellen Entwicklungen
- damit wurde er zuletzt de facto undurchführbar
- Stabilitätspakt 2011: Rolle des Rechnungshofes sukzessive abgeschwächt – Letztfassung: Gutachten des RH nur bei einer „mutmaßlichen unzulässigen Verschlechterung gegenüber den vereinbarten Stabilitätszielen“

Defizite im Rechnungswesen

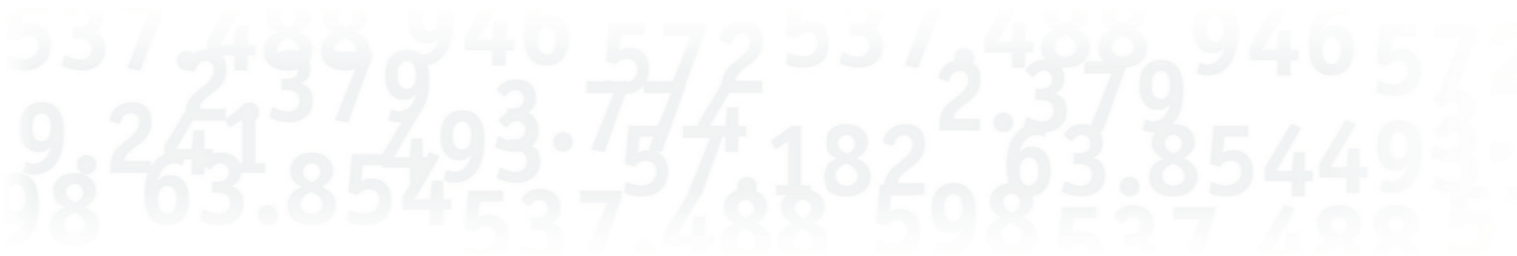
Handlungsbedarf

- **Österreichische Planungsdokumente abstimmen**
 - jährlich rollierende Fortschreibung
 - Planungshorizont an BFRG anpassen
 - österreichweite Mindestanforderungen definieren
- **Gebietskörperschaftsübergreifende mittelfristige Planung**
 - Verfolgung des verfassungsmäßigen Zieles der Sicherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und nachhaltig geordnete Haushalte (Art. 13 Abs. 2 B-VG)



Eine Verwaltung – viele Verwaltungen

Beispiele der Vielfalt aus der Praxis



Aufgabenreform, Strukturbereinigung und Deregulierung

Aufgabenreform, Strukturbereinigung, Deregulierung

- **unzureichende Aufgabenreformen und fehlende Aufgabenkritik (z.B. zur Vorbereitung von Personalabbau)**
- **unzureichende Einhaltung der Kalkulationspflicht bei neuen rechtsetzenden Maßnahmen (1/3 der Gesetzesentwürfe enthält keine plausible Kostenabschätzungen gemäß § 14 BHG)**
- **mangelnde Rechtsbereinigung und keine Vereinheitlichung von Vorschriften (z.B. BauO, Jugendschutz, Wettbewerbs- und Kartellrecht, Bemessung von Steuern und SV-Beiträgen)**
- **Kompetenzzersplitterung und uneinheitlicher Vollzug (z.B. Freihaltung von Flächen, Pflegegeld, Natura 2000, Kinderbetreuung)**

Aufgabenreform, Strukturbereinigung, Deregulierung

- **keine sachgerechte Verteilung der Aufgaben mit inhaltlichen Kompetenzblöcken und klaren Schnittstellen**
- **Auseinanderfallen von Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung und ineffiziente Mischfinanzierungen (z.B. Bildung, Gesundheit, Familienförderung, Kinderbetreuung)**
- **überschneidende Kompetenzen zwischen den Bundesministerien (z.B. Forschung, Schutz vor Naturgefahren, Opferschutz) und in den Landesregierungen**
- **Parallelstrukturen (z.B. Sozialhilfe, Wetterdienste, Wirtschaftsförderung, Ortsbildpflege-Denkmalenschutz-Baurecht-Gewerberecht)**

Aufgabenreform, Strukturbereinigung, Deregulierung

- **zu viele Hierarchieebenen und zuständige Institutionen (z.B. Bankenaufsicht, „Blaukappen“ und „Weißkappen“ in Wien)**
- **fehlende Einheitlichkeit der Organisationsstruktur (z.B. BH nicht umfassend zuständig, parallele Einrichtungen des Bundes auf Landesebene)**
- **Verwaltungskooperationen (z.B. zwischen Gemeinden) und überregionale Planung (z.B. bei der Abfallwirtschaft, Einkaufszentren) nicht ausreichend genutzt**
- **Verfahrenskonzentration nicht zur Gänze ausgeschöpft (z.B. im Betriebsanlagenverfahren, Neubau und Ausbau von Bundesstraßen)**



Förderungen

Förderungen Überblick

- **überdurchschnittliches Förderungsvolumen im internationalen Vergleich**
- **umfangreiches Förderungssystem (uneinheitliche Verwendung des Förderungsbegriffs, Vielzahl von Einrichtungen und Instrumenten)**
- **sich überschneidende Förderungsbereiche**
- **fehlende politische Vorgaben, keine quantifizierte Ziele**
- **unzureichende Förderungsstrategien, fehlende Schwerpunkte**
- **Inputbetrachtung statt Wirkungsorientierung**
- **Basisförderungen statt Projektförderungen**
- **fehlende gebietskörperschaftsübergreifende Datenbank**

Konkretes Beispiel – Sportförderung

Beispiel der Sportförderung

- Systemschwächen beeinträchtigen die Effizienz der Sportförderung
- komplexe und wenig transparente Förderungslandschaft
- keine Abstimmung Bund – Länder
- geringe Transparenz der Mittelströme
- bis zu fünf Förderungsgeber mit der Förderungsgewährung und Abrechnung eines Projekts befasst
- 26 % der Ressourcen der Sportverbände werden für die Antragstellung und die Förderungsabwicklung aufgewendet

Förderungen Handlungsbedarf

- Förderungsstrategien und Förderungsschwerpunkte
- Koordination zwischen Gebietskörperschaften und wirkungsorientierte Beschreibung von Förderungen
- Mindeststandards für Förderungsverfahren (z.B. Förderungsentscheidungen, -abwicklung, Kontrolle und Evaluierung)
- Reduktionspotenziale im Verwaltungsaufwand inkl. Optimierung der Verfahren
- Förderungsdatenbank (Gesamtüberblick, Transparenz)



Zielgerichteter, wirkungsorientierter Fördermitteleinsatz



Familienbezogene Leistungen

Familienbezogene Leistungen

Überblick

- **Ausgaben Bund, Kärnten, Oberösterreich und Salzburg für familienbezogene Leistungen 2009: 8,887 Mrd. EUR**
- **insgesamt 117 Leistungen (davon 47 Bund, 70 Land)**
- **keine Gesamtübersicht, keine Übersicht welche Leistungen in welcher Höhe eine Familie bezog**
- **Überlappungen von Leistungen, strukturelle Parallelitäten**
- **bundesweit sieben Ressorts für den Vollzug zuständig**
 - BMWFJ, BMF, BMUKK, BMG, BMASK, BMJ, BMWF
 - OÖ: 3 Direktionen, Ktn: 3 Abteilungen, Salzburg: 2 Abteilungen

Familienbezogene Leistungen

Regulierungsdefizite

- **keine akkordierte Zielausrichtung und gesamthafte Abstimmung**
- **mangelnder Informationsaustausch über konkrete legislative Vorhaben**
- **mangelnde Treffsicherheit aufgrund fehlender Zielsetzungen**
- **unterschiedliche Anspruchsvoraussetzungen – selbst innerhalb einer Gebietskörperschaft**



Gesamtüberblick fehlt

Familienbezogene Leistungen

Handlungsbedarf

- **Beseitigung von Kompetenzzersplitterung**
- **Prüfung des Spektrums der Leistungen im Hinblick auf Parallelität und Überschneidungen**
- **Gemeinsame Plattform zur Abstimmung der Steuerung und des Informationsaustausches**
- **Definition von Zielsetzungen mit messbaren Indikatoren**
 - Einrichtung eines zielorientierten Berichtswesens
 - Abbildung der Leistungsinhalte und damit verbundener Ziele
 - Messung der Zielerreichung und relevanter Kenndaten
- **gebietskörperschaftsübergreifende Datenbank auf Ebene der Einzelfamilien**



Ermöglichung eines Gesamtüberblicks

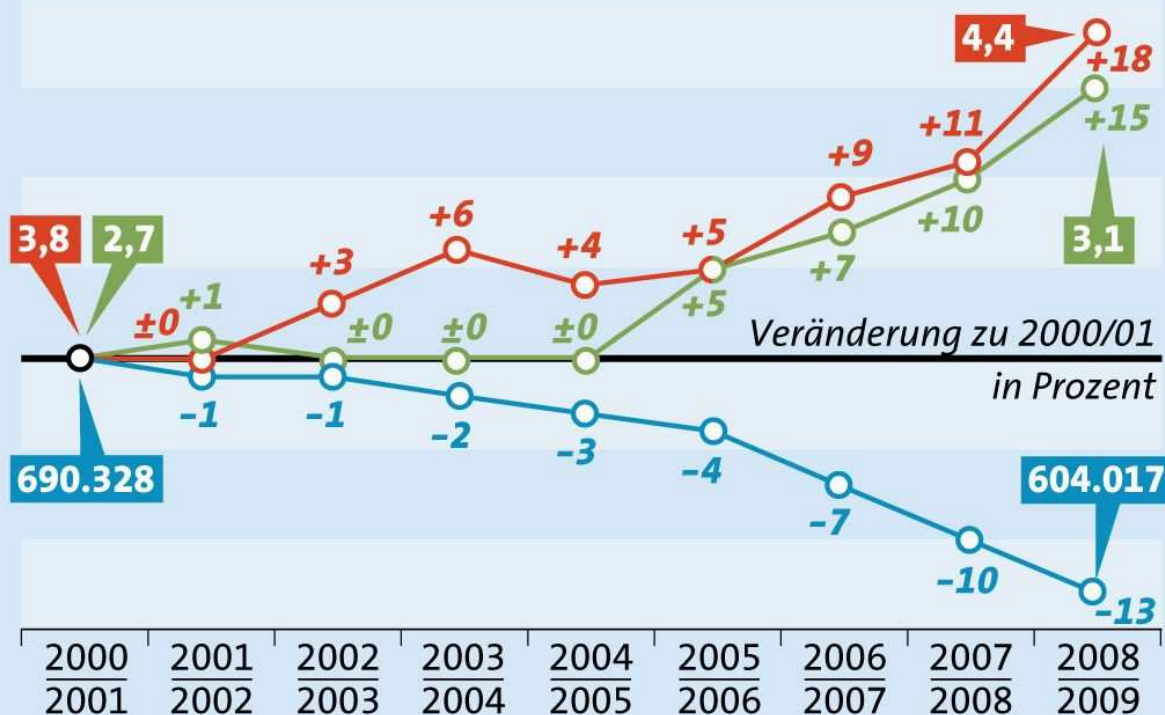


Schulverwaltung

Schulverwaltung Überblick

Weniger Schüler kosten mehr

■ Schülerzahlen
 ■ Staatliche Bildungsausgaben in Mrd. Euro
 ■ Refundierung an Länder für Lehrer in Mrd. Euro



Grafik: © APA, Quelle: APA/Statistik Austria/Rechnungshof



Schulverwaltung Ergebnisse Expertengruppe

Identifikation von Bereichen mit Handlungsbedarf

- Schulverwaltung aus dem Jahr 1962 nicht mehr zeitgemäß
- Hohe Ausgaben (Input) und durchschnittliche Erfolge (Output)
- Klassengrößen im OECD-Durchschnitt
- Lehrer-Schüler-Verhältnis überdurchschnittlich (dh relativ wenige Schüler auf einen Lehrer)
- Konkrete Vorgaben für bildungspolitische Ziele nicht in ausreichendem Maße vorhanden

Schulverwaltung

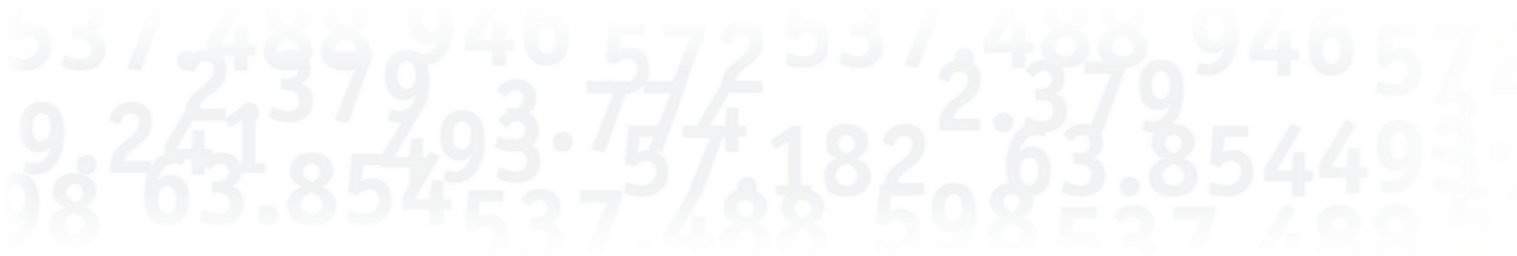
Internationaler Vergleich – Output

Internationaler Vergleich bestätigt Handlungsbedarf

- bedingt durch gegliedertes Schulsystem bestehen in Österreich große Leistungsunterschieden zwischen Schulen
- diese sind ungefähr doppelt so groß wie im OECD-Schnitt
- Schulautonomie: Österreich liegt im letzten Viertel der OECD-Teilnehmer
- Fortbildungsdauer: durchschnittlich 11 Tage (unteres Drittel der OECD)
- Evaluation der Lehrer spielt untergeordnete Rolle: nur in Portugal werden Lehrer noch seltener evaluiert

Gemeinsames Modell zur besseren Steuerung im Bildungsbereich (Experten Arbeitsgruppe Verwaltung Neu – RH, WIFO, IHS)

1. Ausgaben-, Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung sowie interne Kontrolle der Schulgebarung in einer Hand
 2. Einheitliche Steuerung auf Basis strategischer Bildungsziele (Output- und Outcomeorientierung)
 3. Qualitätssicherung und Qualitätskontrolle der Leistungserbringung der Schulen durch permanentes übergeordnetes Monitoring
 4. Weitgehende Autonomie der Schulen in Bezug auf Unterrichtsgestaltung und Personalauswahl unter einheitlichen Vorgaben)
- Drei Organisationsebenen und Zuständigkeiten:
 - Letztverantwortliche Ebene
 - einheitliche regionale Einheiten
 - Schulen



Gesundheit

Gesundheit

Akutbetten, Aufnahmen, Verweildauer

Kennzahlen für 2007 bzw. letztverfügbares Jahr	Österreich	Deutschland	Niederlande	Schweiz	EU15
Betten je 1.000 EW	7,8	8,3	4,8	5,5	5,5
Akutbetten je 1.000 EW	6,4	5,7	3,4	3,6	3,8
Aufnahmen je 100 EW in Akutspitälern	26,6	20,2	10,5	16,4	15,4
Durchschnittliche Verweildauer in Tagen in Akutspitälern	5,8	7,8	6,6	7,8	6,7

Quelle: WHO Health for all database, Jänner 2010, IHS HealthEcon 2010

Österreich verfügt

- über 70% mehr Akutbetten/1000 Einwohner
- über 70% höhere Aufnahme rate und
- 50 % geringere Aufenthaltsdauer als EU-Durchschnitt (EU-15)
- Staatliche Gesundheitsausgaben 4,9 % des BIP (EU: 4,6 %)
- Prävention (Ö: 1,9 % der Gesundheitsausgaben, EU: 2,6 %)

Gesundheit Regulierungsdefizite

- **Auseinanderfallen von Einnahmen- und Ausgabenverantwortung**
 - komplexe, fragmentierte verfassungsrechtliche Kompetenzverteilung
 - intransparente Finanzierungsstruktur
- **Schnittstellenproblem und zersplitterte Organisationsstruktur**
 - Krankenanstaltenbereich
 - niedergelassener Bereich
- **mangelhafte Datenqualität, Qualitätsmessung und -sicherung sowie Effizienzinformation**
- **unzureichende Evaluierung von Reformmaßnahmen**

Beispiel Hainburg – Kittsee

- **2 Standardkrankenhäuser mit annähernd gleichem Leistungsangebot in unmittelbarer Nähe (12 km)**
- **in vielen Bereichen Überschneidungen und Parallelstrukturen**
- **unterdurchschnittliche Auslastung beider KH (Hainburg: 73 %, Kittsee: 63 %)**
- **finanzielle, rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen erschweren Effizienzsteigerung (Kooperationen, mittelfristige Anpassung der medizinischen Leistungserbringung):**
 - **krankenanstaltenrechtliche Strukturvorgaben (keine örtlich getrennte Unterbringung von Abteilungen bei Standardkrankenanstalten)**
 - **Standortgarantien**
 - **unterschiedliche Handhabung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung, mangelnde Kostendeckung**

Gesundheit und Pflege

Handlungsbedarf

- gemeinsame Problemsicht
 - Bekenntnis zum vereinbarten Lösungsweg
 - eindeutige Vorgaben über Umfang und Zielrichtung
- **entscheidend:**
- gesamthafter Ansatz einer Reform mit dem Ziel einer österreichweiten, integrierten Leistungsangebotsplanung für alle Bereiche der Gesundheitsversorgung unter Einbeziehung der Pflege (stationärer, ambulanter, Rehabilitations- und Pflegebereich)**

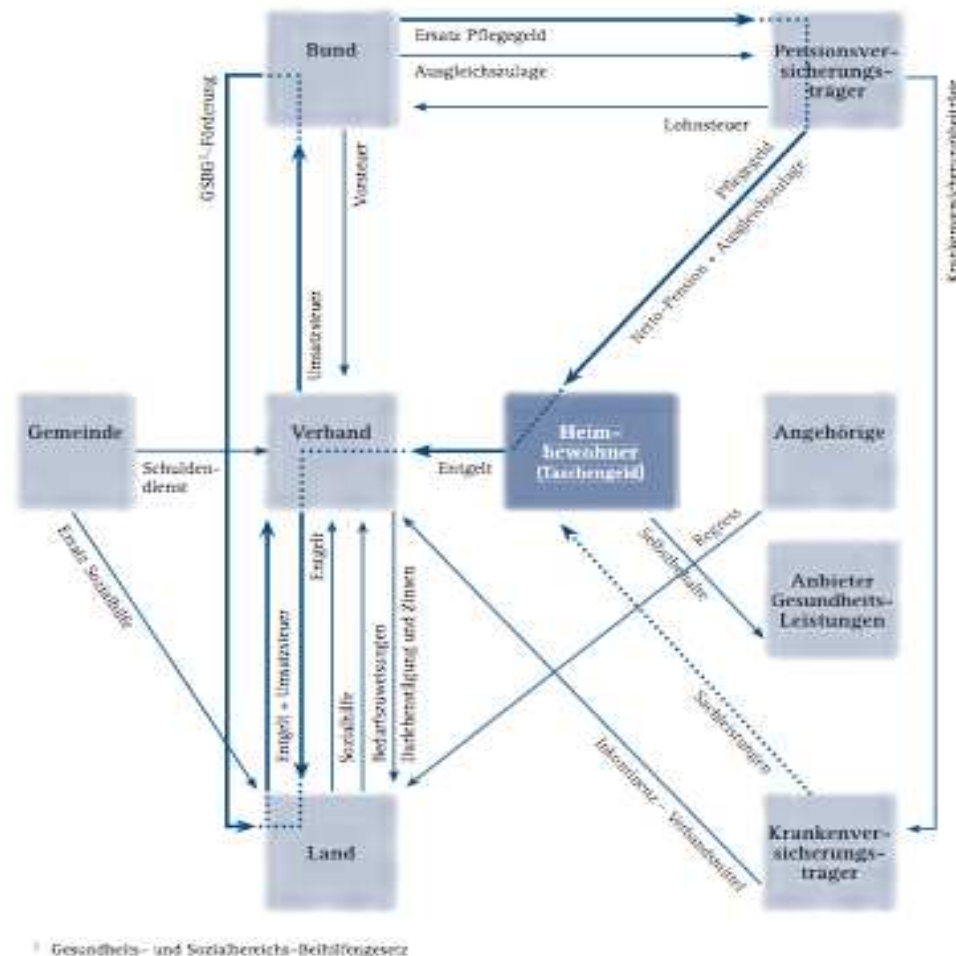


Altenbetreuung

Weiteres Beispiel - Altenbetreuung

Altenbetreuung

- komplexe und intransparente Zahlungsströme
- zur Finanzierung der Heimbetreuung mit Kosten von 3.200 EUR waren 19 Zahlungsströme erforderlich



Weiteres Beispiel - Altenbetreuung

- **391 verschiedene Tarife**
- **Bei gleicher Pflegestufe, gleichem Betreuungsaufwand betrug Tarifunterschiede bis zu 945 EUR pro Monat**
- **Deutliche Unterschiede zwischen den überprüften Ländern**
 - bei Gesamtkosten je Heimplatz
 - bei Schlüssel für Pflegepersonal
 - bei Kosten für öffentliche Hand
 - bei der baulichen Ausgestaltung der Heime
 - bei der Versorgung mit Heimplätzen

Weiteres Beispiel - Altenbetreuung

- Die Kosten je Heimplatz sind in Tirol um 25% höher, die öffentliche Hand muss sogar um 40% mehr zahlen als in Kärnten
- Bei völlig verschiedener Berechnungsmodalitäten verlangt Tirol 25% mehr Personal je Pflegeplatz als Kärnten.
- Die Errichtungskosten weichen deutlich voneinander ab. In Tirol sind je Pflegeheimplatz 119.000 EUR vorgesehen, in Kärnten 80.000 EUR.
- In Kärnten standen 86 Heimplätze, in Tirol 105 Heimplätze je 1.000 Einwohner über 75 Jahre zur Verfügung.



Pensionen

Pensionen Nachhaltigkeitslücke

Nachhaltigkeitsbericht der Europäischen Kommission

- **2006: Nachhaltigkeitslücke von 0,3 % des BIP (800 Mill. EUR), Mitgliedstaat mit niedrigem Nachhaltigkeitsrisiko**

beruhte auf

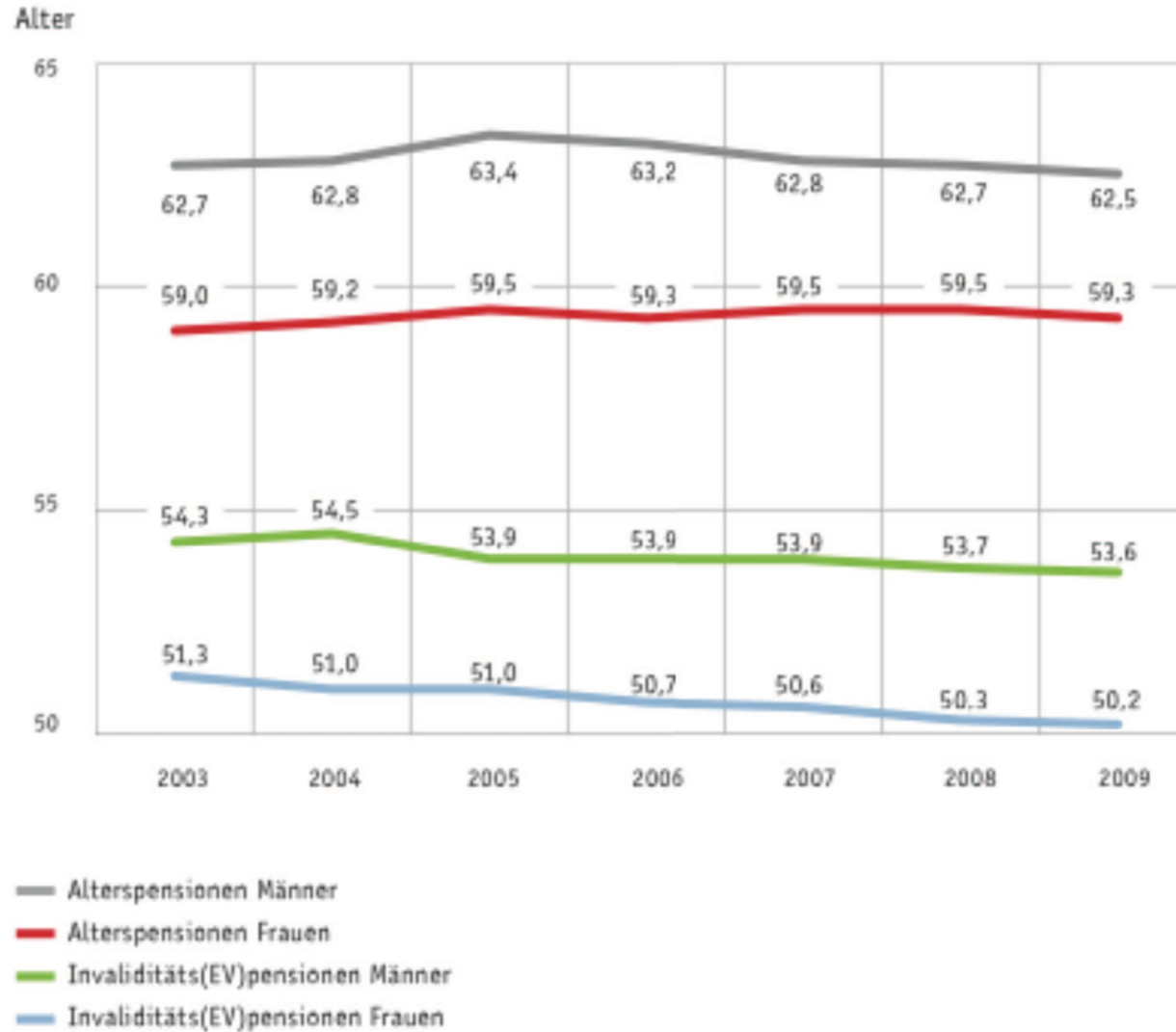
- **Bestreben, bis 2010 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen**
- **Zugrundelegung der Pensionsreform 2003**

Pensionen

Entwicklung Antrittsalter

- **erwarteter Anstieg des Antrittsalter seit 2003 nicht eingetreten**
- **seit 2005 sinkt Antrittsalter für Alterspension**
Männer: -0,9 Jahre auf 62,5 Frauen: -0,2 Jahre auf 59,3
- **krankheitsbedingte Alterspensionen stiegen**
 - seit 2003/2004 Absinken des Antrittsalters bei Invaliditätspensionen
 - Männer: -0,9 Jahre auf 53,6 Frauen: -1,1 Jahre auf 50,2
 - kürzerer Verbleib um ein Jahr verursacht um 388 Mill. EUR höheren Pensionsaufwand pro Jahr

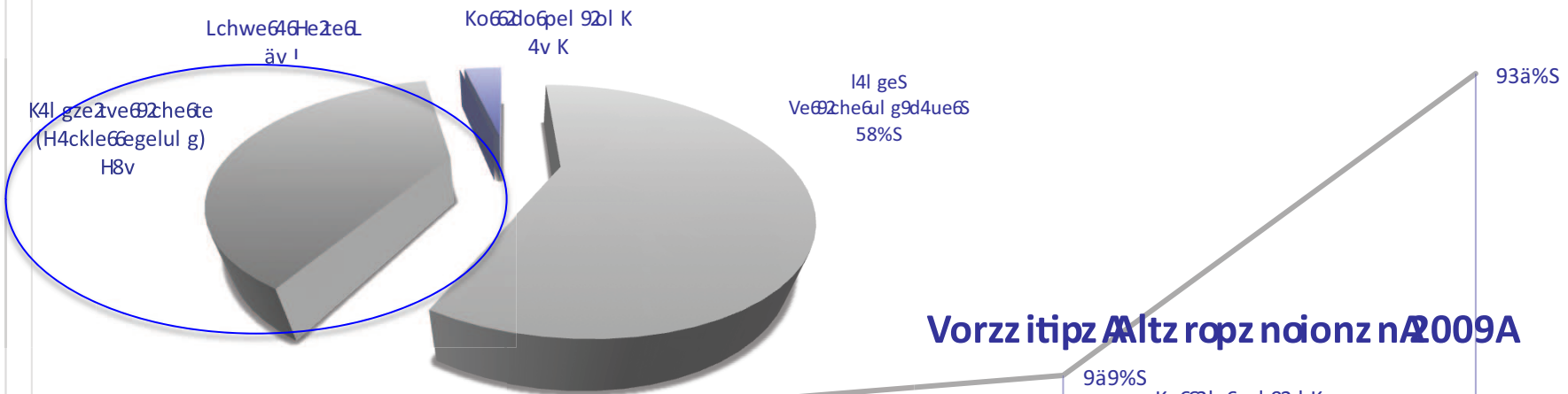
Pensionen Entwicklung Antrittsalter



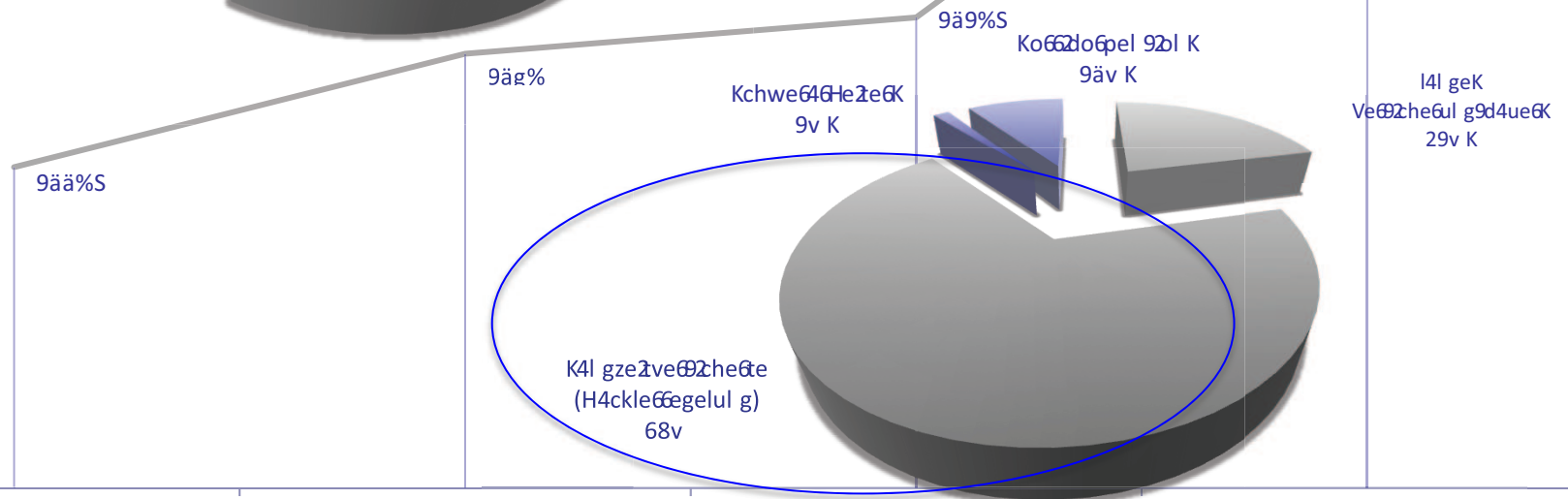
Pensionen

Vorzeitige Alterspensionen

Vorzugsweise Alterspensionen 2006A



Vorzugsweise Alterspensionen 2009A



Vorzeitige Alterspensionen nahmen seit 2006 um 30% zu **Starker Anstieg bei Langzeitversicherten (Hacklerregelung)**

- Berücksichtigung von Krankengeld und Ausübungszeiten mit Sozialrechts-ÄnderungsG 2008
- dafür allein 2009 Kosten: Krankengeld 90 Mill. EUR
Ausübungszeiten: 82 Mill. EUR
- für 27 % (7.276) der Langzeitversicherten 2009 war Ausweitung von Ersatzzeiten anspruchsbegründend
- für 9,9 % (2.136) der PVA-Langzeitversicherten 2009 war der Nachkauf von Schul- und Studienzeiten anspruchsbegründend

Pensionen

Beamtenpensionen - Hacklerregelung (Bund)

Vorzeitige Alterspensionen beim Bundesbeamten

- RH errechnete für einen Maturanten, der die „Hackler-Regelung“ in Anspruch nahm, Mehrausgaben gegenüber Regelpensionsantrittsalter von 187.000 EUR
- 2009 erfolgten rund 1.500 Pensionierungen nach der Hacklerregelung: Mehrkosten auf Pensionsdauer 280 Mill. EUR
- für Pensionierungen 2011 - 2013: bei gleichbleibender Zahl an Pensionierungen geschätzt für Zeitraum 2011 bis 2013 insgesamt 840 Mill. EUR

Pensionen Handlungsbedarf

- **Einheitliche Abschläge von 3,36 Prozentpunkten pro Jahr**
- **Anhebung des effektiven Pensionsantrittsalters und Verbesserung der Rahmenbedingungen wichtig für**
 - längeren Verbleib auf dem Arbeitsmarkt
 - Sicherstellung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen
 - Erhöhung des Arbeitskräfteangebots (vor allem ab 2020)

Nachhaltigkeitsbericht der Europäischen Kommission

- **2009: Nachhaltigkeitslücke stieg von 0,3 % auf 4,7 % des BIP (damit Konsolidierungsbedarf 2006 von rd. 800 Mill. EUR auf 2009 von rd. 13 Mrd. EUR)**
- **Österreich wurde von Mitgliedstaat mit geringem auf Mitgliedstaat mit mittlerem Nachhaltigkeitsrisiko hinaufgesetzt**



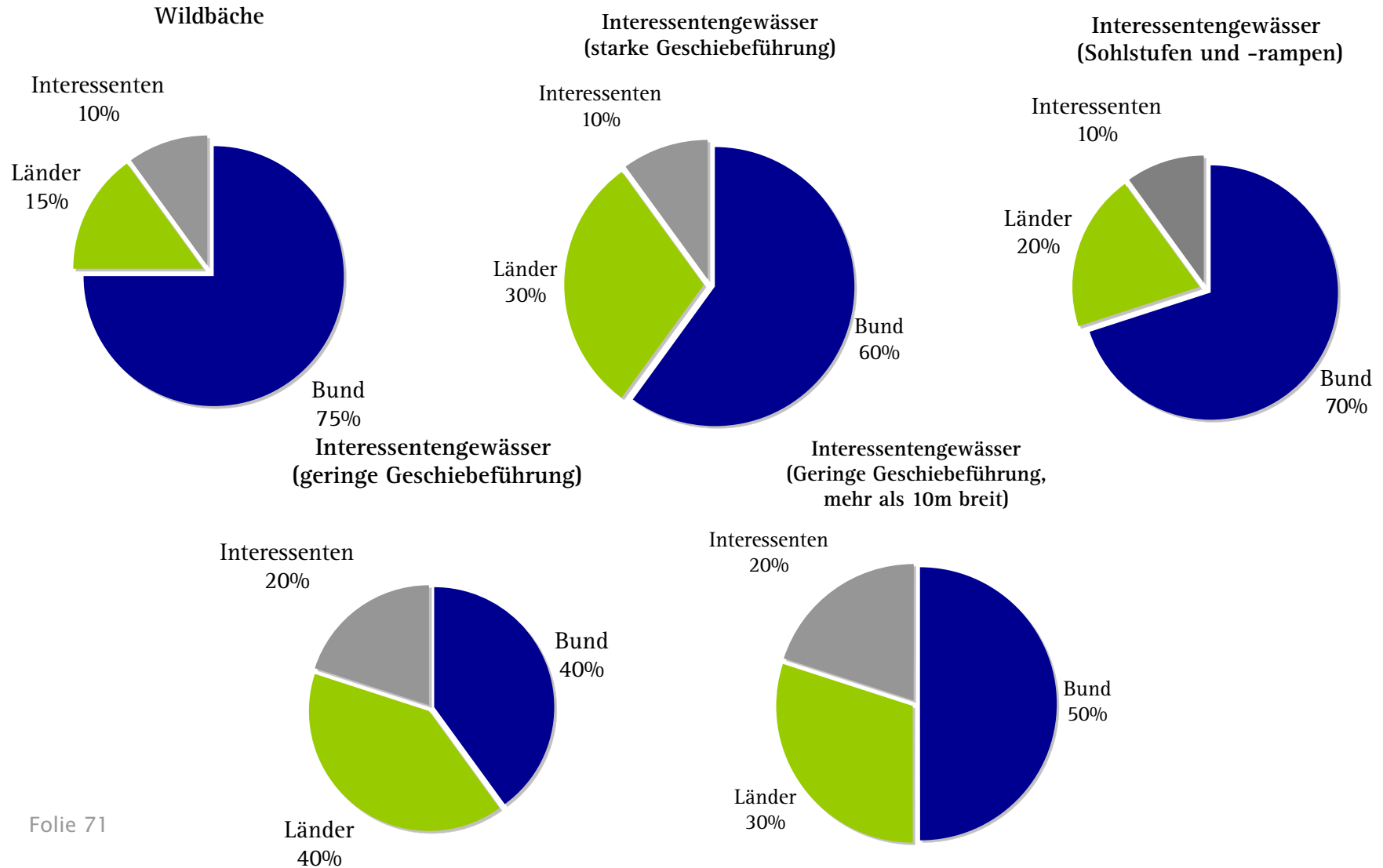
Schutz vor Naturgefahren

Schutz vor Naturgefahren

Regulierungsdefizite

- **Historisch gewachsenes System**
- **Zersplitterte Kompetenzen auf Bundes- (4 Ministerien) und Landesebene sowie zwischen den Gemeinden**
- **Unklare Verteilung der Kompetenzen nach Art des Gewässers**
- **Komplizierte Rechtslage mit uneinheitlichen Definitionen, Schutzstandards und förderbaren Maßnahmen**
- **Kasuistisch geregelte Finanzierungsschlüssel**
- **Intransparente, uneinheitliche Regelungen sowohl bei Prävention als auch bei Zuerkennung von Entschädigungen**

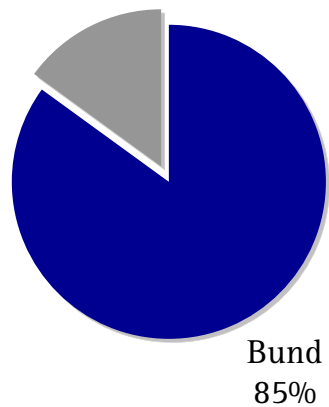
Schutz vor Naturgefahren Finanzierungsschlüssel



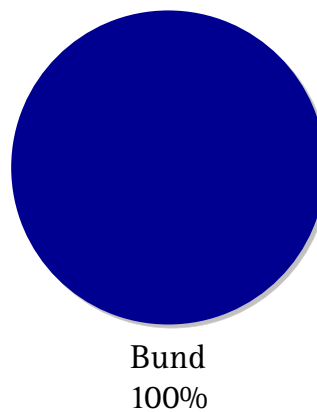
Schutz vor Naturgefahren Finanzierungsschlüssel

vom Bund betreute Gewässer

Interessenten
15%

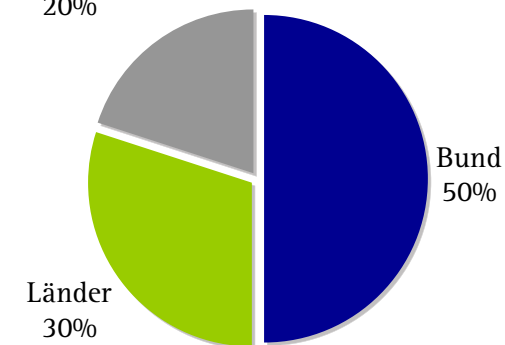


Grenzwässer

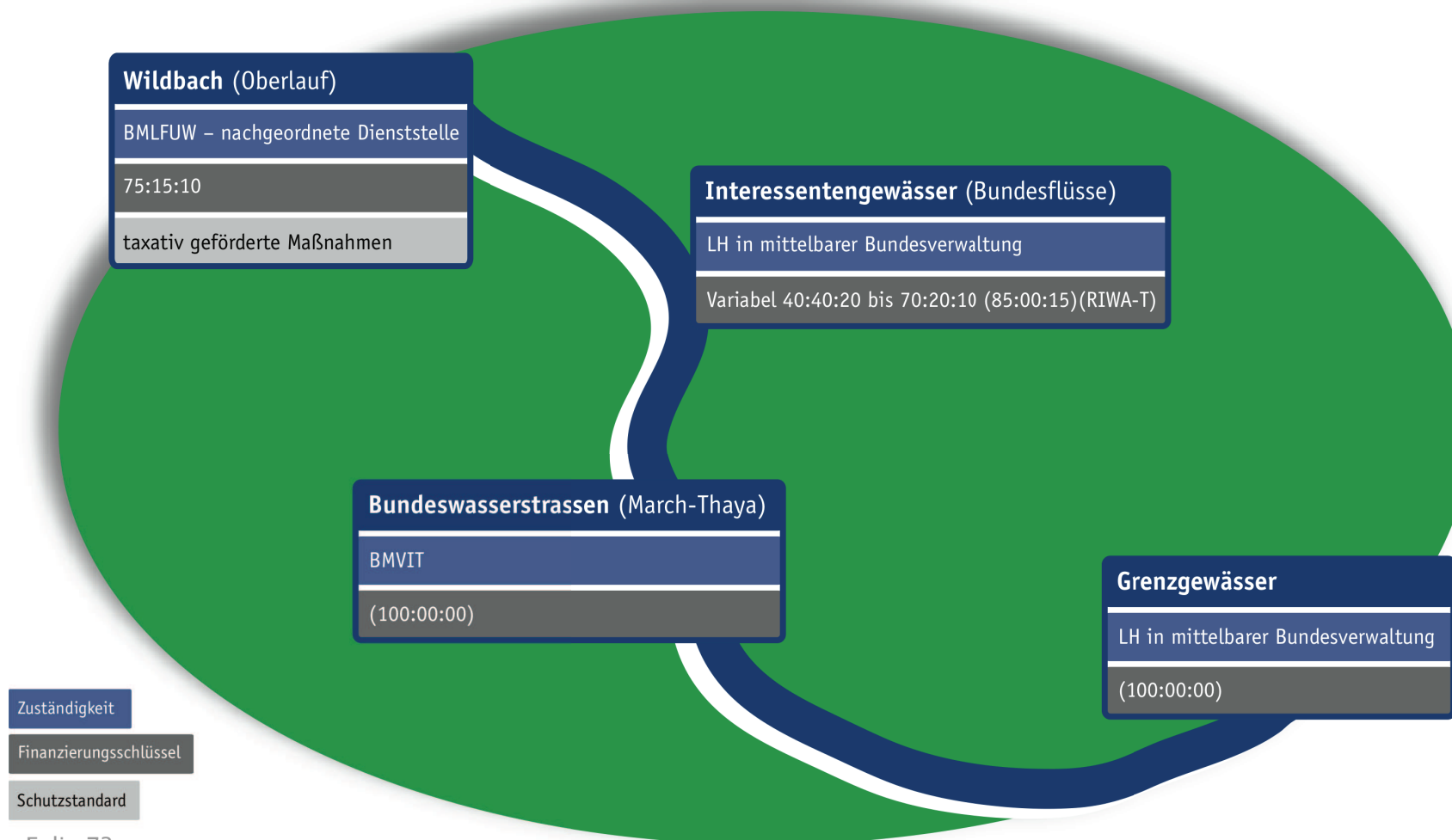


Donau

Interessenten
20%



Schutz vor Naturgefahren vom Wildbach bis zum Grenzgewässer



Schutz vor Naturgefahren

Handlungsbedarf

- **Kompetenzbereinigungen und Nutzung von Synergieeffekten**
- **Modelle für einen Lastenausgleich zwischen den Gemeinden**
- **Forcierung interkommunaler Zusammenarbeit**
- **Vereinheitlichung von Vorschriften**
- **Bundesweite einheitliche rechtliche Grundlagen zur Erstellung von Gefahrenzonenplänen und überregionale Raumordnung**



Resümee

Zahlen und Fakten zeigen

- Wir haben Handlungsbedarf, wollen wir die Verantwortung für die Zukunft wahrnehmen
- Wir haben Handlungsbedarf, wollen wir die intergenerative Gerechtigkeit herstellen

Beispiele zeigen

- eine Vielfalt von Verwaltungsformen kann seinen Reiz haben
- historisch gewachsene Vielfalt steht aber in vielen Fällen einer effizienten und nachhaltigen öffentlichen Aufgabenwahrnehmung entgegen